

Dabei enthielt Robertsons Rede das großzügigste Angebot, das einem verantwortlichen deutschen Plenum seit Kriegsende gemacht wurde: „Ehrliche, volle Zusammenarbeit“. Das Angebot wurde nicht ganz so freimütig entwickelt wie in der Rede vor dem amerikanischen Universitäts-Club, aber der entscheidende Schritt vom besiegten Volk zur mitverantwortlichen Nation wurde in aller Form angekündigt.

Manche fanden weder neu noch konkret, was Robertson sagte. Sie hatten überhört, was das hieß: „der Zeitpunkt für zukünftige Entwicklungen auf politischem Gebiet kommt später“, daß nämlich zum ersten Male von britisch-autoritativer Seite gesagt worden war, er kommt überhaupt.

Es kommt auch die Währungsreform, die neue Lohnpolitik, die bessere Ernährung, ein tragbarer Ruhrstatus, es kommt wirtschaftliches Verständnis und erweiterte deutsche Handlungsfreiheit. Und wenn das alles auch nicht mit Reichstags-Regierungserklärungs-Attitüde bekanntgemacht wurde, so war sich doch die Tribüne im wesentlichen einig, daß Landtagspräsident Gockeln mit seiner „nach Inhalt und Form außergewöhnlichen Sitzung“ nicht geschwätzt hatte.

Daß der General zur Demontage nichts sagte, wurde bekümmert vermerkt. Daß er die Gedanken seiner Berliner Universitätsclubs-Rede über westliche Einheit und Handlungsfreiheit in Düsseldorf zarter formulierte, mit Bedauern.

Als nach der deutschen Einleitung der General auf englisch umschaltete, nahm er die überdimensionale Brille aus dem mageren Soldatengesicht und schmunzelte: „Was ich jetzt sagen will, wird wohl nicht allen Leuten hier recht sein. Sonst wäre es eine langweilige Rede. Wenn ich weg bin, können Sie ja sagen, was Sie darüber denken.“

Die Kommunisten taten es schon vorher. Entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit etwas schüchtern. Doch ganz konnten sie sich die Zwischenrufe nicht verkneifen.

Aber auch Andersgläubige murrten. Als nämlich auch Robertson die nun schon klassische Feststellung traf, daß die Versorgungslage noch niemals seit Kriegsende so gut gewesen sei wie jetzt. Die Abgeordneten dachten an die Riesenschlangen, die tage- und nächtelang beim Roßmetzger anstehen.

Robertsons Mahnung, die deutschen Parteipolitiker sollten sich in erster Linie als Deutsche und dann erst als Politiker fühlen, wurde von der SPD sofort parteiamtlich mit dem Argument beantwortet, die Partei werde die Interessen der Werktätigen nicht dem Frieden mit der Reaktion opfern.

Die Fotografen hatten erst auf Robertsons Wunsch vor der Türe bleiben sollen, weil auch im englischen Parlament nicht fotografiert werden darf. Darauf baute die Wochenschau ihre Scheinwerfer wieder ab und die Bildmänner formierten sich am Eingang zum Spalier. Als der General kam, rauchten sie mit ostentativer Würstigkeit Zigaretten und Pfeifen.

Ministerpräsident Karl Arnold verharrete mit gefaßter Kopfneigung, die Hände übereinandergelagert. Sein Gefolge hatte ernsthaft die Überzeugung geäußert, Düsseldorf sei der Schauplatz der Robertsonade, weil Arnold hier sein „Manifest für deutsche Einheit“ verkündet habe. Dies Manifest, von Kaiser angeregt, von Adenauer mit CDU-CSU-Autorität aufgegriffen, von Katzenberger ausprobiert, von Arnold endgültig vortragen, war lediglich von Arnolds Lizenzzeitung „Rheinische Post“ im vollen Wortlaut veröffentlicht worden, und Adenauer wußte dazu nichts weiter zu sagen, als, er habe diese



Arnolds Repräsentation
Adenauer nimmt sie zur Kenntnis

Anregung zu einer nationalen Repräsentation zur Kenntnis genommen.

Es steht nicht gut mit den beiden. Adenauer hätte es lieber gesehen, wenn bei der Kabinettsumbildung, die Arnold nach dem kommunistischen Rauschmiß oblag, die Sozialdemokraten auch gleich ausgebootet worden wären. Gegen Arnolds Lösung (Wiederaufbauminister SPD-Groß, Verkehrsminister Arnold selbst) waren eigentlich alle Fraktionen.

Auf einer geheimen Fraktionssitzung in Gladbeck hatte Adenauer drei Tage vorher seine eigenen Gegenpläne entwickeln wollen, aber er kam nicht dazu. Die CDU-Gewerkschaftler um Arnold hatten ausgeknobelt, wie sie den Britenzonen-CDU-Kurs Adenauers reichs-koalitions-einheitsfähiger machen könnten. An Stelle von great old Adenauer wollten sie ein mehr im Sinne der Bergpredigt orientiertes Direktorium an die Parteisitze stellen. Adenauer seinerseits bekam von dieser Palastrevolution rechtzeitig Wind. Beobachter



Rhein-Fall
Dorten wurde verlegt

erzählen, selten sei es bei der CDU so stürmisch hergegangen wie in Gladbeck.

Alle Fraktionen sagten dann in Düsseldorf, das neue Kabinett Arnold sei nur ein Not- und Uebergangskabinett. Keiner wußte, wann es sich endlich stabilisieren soll, denn keiner weiß, wann die abermals zurückgestellte Sozialisierungsvorlage wieder aus der Ausschußgruft emporkommt. Dann muß die CDU Farbe bekennen. Es sind zwei Farben.

Rhein-Gold

Nach Adam Dorten

Dr. Adam Dorten hat sich verrechnet. Es wird nichts mit den 1,4 Mill. Mark, die sich der einstige Chef der einstigen „Rheinischen Republik“ gern noch hätte auszahlen lassen. Als Pensionsnachzahlung für die 24 Jahre, die seit dem stürmischen Ende seiner kurzlebigen Staatsschöpfung vergangen sind.

Zum Sprecher seiner Wünsche hatten sich Kreise der französischen Militärregierung gemacht. Zahlen, so meinten sie, könne die Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Die winkte ab. Mit einer sehr einleuchtenden Begründung: Dorten sei nie Angestellter oder Beamter des Landes Rheinland-Pfalz gewesen.

Es ist das zweitemal nach dem zweiten Weltkrieg, daß der heute 68jährige Rhein-Verlierer von Nizza aus seinen politischen Schatten selbst wieder heraufbeschwört. 1945 war es ihm endlich geglückt, für seinen politischen Lebensbericht wenigstens einen französischen Verleger zu finden. Der war zwischen 1936 und 1940 auch in Frankreich nicht aufzutreiben gewesen.

Zwölf Exil-Jahre hatte Dorten immerhin gebraucht, um seine politische Beichte „La Tragédie Rhénane“, „Die Rheinische Tragödie“, zu formulieren. Als er in der Nacht des 1. Januar 1924 aus dem Rheinland türmte und im französisch angewiesenen Nizza untertauchte, flammte hinter ihm noch das letzte Separistenfeuer in der Pfalz.

Er selbst hatte im Herbst 1923 den Aufstand des Franz Joseph Heinz aus Orbis schüren geholfen und am 5. November den Einzug in Kaiserslautern mitgemacht. Von der Pfalz aus, vom Süden des von ihm erträumten Rheinstaaates, hoffte er den Norden zurückzuerobern. Vergebens. In den Schüssen, die am 9. Januar Heinz-Orbis in Speyer niederstreckten, und in den Flammen des Pirmasenser Bezirksamtes, das die unwilligen Pfälzer am 12. Februar selbst in Brand gesteckt hatten, ging die rheinische Selbstherrlichkeit genau so turbulent wieder unter, wie sie vier Jahre zuvor in den Revolutionstagen des November-Dezember 1919 erstanden war.

Damals war der Landwehrhauptmann Adam Dorten mit den aus Frankreich zurückgehenden Divisionen nach Köln gekommen und dort geblieben. Er fand den Boden für seine politischen Ambitionen gut vorbereitet. Die Mitglieder des „Freien Rheinkomitees“, von dem Erzpriester Bertram Kastert von St. Kolumba schon im Oktober gegründet, boten Dorten den ersten Ansatzpunkt. Rheinische Industrielle machten mit.

Da kamen ihm seine Beziehungen aus der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf vor 1914 zugute. Die Industriellen, die den deutschen Absatzmarkt schwinden sahen, suchten direkte Verständigung mit den Siegern und vor allem enge Anlehnung an Frankreich. Dorten war ihr Mann.

So jedenfalls erzählt er es selbst. Seine politischen Mitbewerber und Gegenspieler kommen schlecht dabei weg: der Sozialdemokrat Wilhelm Sollmann, der „Preuße“, der den Kölner Arbeiter- und

Soldatenrat gegen jeden Versuch der Separierung aufrief. Und Konrad Adenauer, damals Oberbürgermeister der rheinischen Metropole und somit eine Zeitlang die einzige staatliche Autorität auf deutscher Seite.

„Verräter“ ist noch das zahmste Wort, das Dorten für den heutigen CDU-Zonenchef gebraucht. Er zitiert Adenauer bei einer der frühen persönlichen Aussprachen: „Das Reichsproblem werden wir stellen, wenn uns das günstig erscheint; solange die spartakistische Gefahr nicht beseitigt ist, denkt niemand daran, im Reich zu bleiben.“*)

Auf dieser Grundlage einigten sich beide, erst einmal ein „rheinisches Komitee“ zu bilden.

Adenauer habe den Norden des künftigen Rheinstaates bearbeiten wollen. Dorten übernahm den Süden. Als es dann aber im März 1919 soweit war, daß das Komitee zusammentreten sollte, versagte sich der Oberbürgermeister. Dorten meint, unter dem Einfluß der Engländer, die damals Köln besetzt hielten.

Dorten übernahm die Führung allein. In dem Fünfpunkte - Programm vom 7. März wird nur noch vom Rheinstaat gesprochen, der das ganze Rheinland umfassen soll. Vom Reich nichts mehr.

Der rebellierende Ex-Staatsanwalt sah sich am Ziel. Im Juli 1919 rief er zum erstenmal in Mainz die „Rheinische Republik“ aus. Ohne wesentlichen Widerhall.

Im Oktober 1923, als der sogenannte Ruhrkampf zu Ende ging, putschte er zum zweitenmal. Zusammen mit dem Sachsen Matthes, der erst in der rheinischen Wahlheimat sein, rheinisches Herz entdeckt hatte, setzte er in Koblenz „die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik“ ein. Der französische Oberkommissar Tirard erkannte ihn an. Um alsbald wieder von ihm abzurücken. Genau einen Monat nach seinem Regierungsantritt, am 26. November, mußte Dorten vor der empörten Volksmenge weichen. Daß ihn Staatspräsident Poincaré während seines Parisbesuches ein paar Monate zuvor im April nicht empfangen hatte, war doch nicht ohne Bedeutung gewesen. Dorten mußte Deutschland verlassen, da er Gefahr lief, daß die französischen Behörden im Rheinland ihn an Preußen ausliefern würden.

Als Adam Dorten an der Seite Madeleine Sauvans, der Nizzaer Bürgermeisterstochter, Ruhe gefunden hatte, schwang er sich zu einer geradezu dichterischen Verklärung dessen auf, was er das „Genie des Rheins“ und das „Gesetz des Rheins“ zu nennen pflegt. Im Nibelungenlied hört er das Rauschen des rheinischen Schicksals:

„Es ist der verlorene Schatz des Rheingolds, der die Götter des Abendlandes, die lateinischen Götter, zu einem mörderischen Kampf gegen die zerstörenden Kräfte Nebelheims verpflichtet, die aus dem Dunkel des Ostens drohen . . . Das rheinische Volk, das Volk Siegfrieds, getragen von seiner lateinischen Tradition und seiner friedbringenden Mission, sucht den Frieden der Götter zu retten, der vom Osten bedroht ist“.

Neun Jahre haben diese Sätze unverfänglich im Schreibisch gelegen. Seit 1945 sind sie französischen Lesern zugänglich. Wenn es nach Adam Dorten geht, werden bald auch deutsche Leser die Möglichkeit haben, die „Rheinische Tragödie“ zu studieren.

*) Zur Begründung eines neuen Rhein-Staat-Projektes hat Adenauer unlängst wieder die Kommunisten herangezogen: Es müsse eine Entwicklung bekämpft werden, die zu der Gefahr des Kommunismus führen könnte.

Der Riß

Wissenschaftliche Folgerungen

Die Küche des klerikalen Seminars in Regensburg bekam eine Sonderzuteilung von zwei Zentnern Butter, um die Gerichte für drei Mahlzeiten zu bereiten. Sie wurden von den 120 prominenten Herren der internationalen Föderalisten-Redoute verzehrt, der Regensburgs Erzbischof Dr. Michael Buchberger sein Seminar geöffnet hatte. (Vergl. Spiegel Nr. 14, „Ellwanger Nachgeburt“).

„Dort kamen die Vertreter der gesamten in- und ausländischen Reaktion zusammen“, schäumte am Abend über Radio Berlin der Münchener Ex-Radio-Kommentator Geßner. „Im Schatten des Gewitters von Berlin wollten sie unbemerkt ihre dunklen Pläne ins Werk setzen.“

Er meinte die Tagung des „Internationalen Instituts für Sozialwissenschaften und Politik“ aus Fribourg. Hervorragende westeuropäische Föderalisten, politische

aus seinem Quartier im Hotel „Bischofshof“.

Er kam aber noch zurecht, um Dr. Ehards große Rede zu hören. „Der europäische Gedanke ist zur realsten und aktuellsten politischen Angelegenheit geworden. Alle Bekenntnisse zur deutschen Einheit, an denen in Deutschland nicht gespart wird, können jedoch an der Tatsache, daß der Riß, der Europa in zwei Hälften zerlegte, gar durch Deutschland geht, nichts ändern. Sie sind rein deklaratorisch und somit für die praktische Politik belanglos.“

Ehards Begleitung, das alte föderalistische Team Dr. Hundhammer, Dr. Pfeiffer, ihre jungen Männer, die Staatssekretäre Dr. Sattler und Dr. Schwalber, und brüderlich vereint das sozialdemokratische Mauerblümchen Dr. Hoegner stimmten zu.

Dann wurden die Türen noch fester geschlossen. Die eigentlichen Beratungen begannen: Hauptthema „Westeuropäische Föderation“. Die Debatten wurden wissen-



Kein Staatsakt

dürfe mehr geschrieben werden, der nicht durch Christus gegengezeichnet werden könne, forderte die Pax-Christi-Bewegung auf einer Tagung in Kevelaer. 20 000 Pilger aus allen westeuropäischen Ländern feierten den „Tag des Friedens“ in dem rheinischen Wallfahrtsort. Bischof Theas von Lourdes (rechts), der Gründer der Bewegung, die kein Verein, sondern eine „Bewegung der Gebete“ sein will, überbrachte den Brudeckuß des christlichen Frankreich an das deutsche Volk. Er sprach von der „schmerzlichen Tatsache“, daß noch immer 200 000 deutsche Kriegsgefangene in Frankreich sind, und reichte dann 206 Erstkommunikanten die Hostie des Friedens. Der Apostolische Visitator von Deutschland, Bischof Dr. Münch, zelebrierte das Pontifikalamt und Kardinal Dr. Frings predigte vom Frieden, der nur durch Christus möglich sei: „Auf den vielen internationalen Konferenzen wird der Name Christi nicht genannt. Glaubt man ohne ihn auskommen zu können?“

Katholiken aus aller Welt und bayrische Eigenstaatler trafen sich in der oberpfälzischen Regierungshauptstadt.

Priesterzöglinge, die vor dem Konferenzgebäude Posten standen, hatten jeden barsch zurückgewiesen, der nicht zwei Ausweise präsentieren konnte. Als Dr. Eugen Kogon, der christliche Verfassungstheoretiker aus Frankfurt, leichtfüßig aus seiner Limousine sprang, forderte man seine Einladung. „Ich bin Eugen Kogon“, war die leicht gekränkte Antwort. „Das ist mir wurscht“, erwiderte der wachhabende Priesteranwärter kühl, und das Tor wurde geschlossen. Erst später holte man den verschnupften Schriftsteller und Politiker

schaftlich geführt, doch bewirkten zwei persönliche Vertreter von Außenminister Bidault und General de Gaulle, daß die Diskussion sich nicht zu weit von den politischen Realitäten entfernte. Die Kardinal Dr. Faulhaber und Dr. Frings verfochten die Ansichten der Ecclesia militans.

Bedeutungsvolles: „Nichts Genaues weiß man nicht“, war hinterher die Einheits-Interview-Antwort. Am Nachmittag traf sich noch der österreichische Bundeskanzler Dr. Figl mit seinen bayrischen Kollegen auf Schloß Sünching, man unterhielt sich über die Unterschiede von Separatismus und Föderalismus. Doch ging man unbefriedigt auseinander.